

Newsletter – Ausgabe 01 / 2010 (3. Jahrgang)

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen!

Der Luftangriff im Kunduz-Tal vom 4. September hat in Deutschland eine politische Debatte über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ausgelöst. Zur Aufklärung dieser Vorgänge einschließlich der Informationspolitik der Bundesregierung ist ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingerichtet worden.

Der breiten Öffentlichkeit wird erstmals bewusst, deutsche Soldaten sind in Afghanistan in einem kriegsähnlichen Einsatz. Die Öffentlichkeit nimmt erstmals bewusst wahr, im aktiven Kampf gegen die Taliban-Kämpfer können auch Unbeteiligte zu Schaden kommen. Damit stellen sich Fragen nach den Grenzen des Einsatzes militärischer Mittel in diesem Konflikt. Politik und Gesellschaft muss sich dieser Diskussion stellen. Wichtig ist, dass die politische Auseinandersetzung im Rahmen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht auf den Rücken der in Afghanistan eingesetzten Soldaten ausgetragen wird und zu einer weiteren Verunsicherung unserer Soldaten führt. Für die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz ist neben der Unterstützung durch unsere Bevölkerung die Frage entscheidend, ist Rechtsicherheit für ihr Handeln gegeben.

Sie leisten dort unter kriegsähnlichen Bedingungen einen fordernden und lebensgefährlichen Dienst auf der Basis eines mit großer Mehrheit beschlossenen Mandats des Bundestages. Dafür gebühren ihnen der Dank und die Anerkennung der ganzen Gesellschaft. Dieses gilt selbstverständlich auch für die dort tätigen Polizisten und den zivilen Wiederaufbauhelfern.

Mit dem Einsatz in Afghanistan befassen sich zwei Beiträge.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl vom vergangenen September und deren personelle Folgerungen wirken sich natürlich

auch auf unsere Arbeit aus; Ulrike Merten gehört den neuen Bundestag nicht mehr an, sie wird aber weiterhin in unserem Arbeitskreis mitarbeiten. Unser neuer Mann aus NRW im Verteidigungsausschuss in Berlin ist MdB Michael Groschek, Generalsekretär der Landespartei. Eine Kurzvorstellung von Michael Groschek finden Sie unter „Unser Mann in Berlin“ Er wird sich intensiv mit den sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen beschäftigen und wird den von Ulrike Merten ins Leben gerufene Petersberger-Gespräche zur Sicherheit mit einem interessanten Programm am 6. März fortführen.

Die 6. Petersberger Gespräche zur Sicherheit stehen unter der Schirmherrschaft von Bundesverteidigungsminister a.D. Peter Struck, das Programm ist unter Veranstaltungen aufgeführt. Aus unserem Grundverständnis von Sicherheit lassen sich innere und äußere Sicherheit nicht mehr scharf trennen.

Inhaltsverzeichnis:

[Freiheit und Sicherheit als Credo sozialdemokratischer Innenpolitik](#) (MdL Karsten Rudolph)

[Offener Brief von Steinmeier und Gabriel](#)

[Ulrike Merten scheidet aus dem Bundestag aus](#)

Michael Groschek [Unser Mann in Berlin](#)

[Sicherheitspolitik nach Lissabon](#) (Dr. Dietrich Genschel und Klaus Schneemann)

[Kunduz](#) (Generalmajor a.D. Dr. Dietrich Genschel)

[Veranstaltungen](#)

Newsletter – Ausgabe 01 / 2010 (3. Jahrgang)

Deshalb haben wir in diesem Newsletter einen Beitrag des innenpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion Karsten Rudolf vorangestellt.

Der Koalitionsvertrag der schwarzgelben Regierung spricht viele Fragen der Sicherheit eher stichwortartig an, wie z.B. die Forderungen nach Stärkung der Fähigkeiten von Bundespolizei und Polizei der Länder in Afghanistan, Straffung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen der Bundeswehr aber auch die Forderung nach einem Maßnahmenpaketes zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes. Dies stimmt in Teilen mit unseren Positionen überein.

Kritisch jedoch wird die Absicht der Bundesregierung bewertet, den Wehrdienst auf 6 Monate zu reduzieren. Die CDU/CSU trat bisher für die Beibehaltung des neunmonatigen Wehrdienstes ein, die FDP für die Abschaffung des Wehrdienstes. Die nun von der Regierungskoalition geplante

Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate ist fauler Kompromiss.

Es ist der durchsichtige Versuch, mit kürzerem Wehrdienst mehr Wehrgerechtigkeit herzustellen. Dies jedoch geht zu Lasten einer sinnvollen Ausbildung. Dafür muss die Bundeswehr zukünftig mehr junge Männer ausbilden, die sie nicht braucht. Dieses bindet zudem anderweitig dringend benötigtes Personal für Ausbildungen. Die Folge sind überflüssige zusätzliche Strukturentscheidungen und zusätzliche Infrastruktur. Beides geht zulasten der Zeit- und Berufssoldaten. Schon die Weizsäcker-Kommission hat einen sechsmonatigen Grundwehrdienst abgelehnt. Interessant sein wird, wie die Bundesregierung die neue Wehrdienstdauer sicherheitspolitisch begründet. Anstatt auf intelligente Lösungen bei der Ausgestaltung der Wehrpflicht zu setzen und, wie von uns vorgeschlagen, die Freiwilligkeit zu stärken, bewegt sich die Koalition rückwärts. Verwiesen wird auf das auf unserer Homepage und in früheren Newslettern von uns entwickelte Konzept eines Freiwilligen Wehrdienstes.

Mit Blick auf den in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon ist uns eine erste Auswertung zu Folgerungen für die Sicherheitspolitik wichtig, die mehr den Rahmen absteckt; detailliertere Auswertungen werden hier folgen. Wichtig für die Zeit ab Lissabon ist uns, dass wir nicht durch laufende Ereignisse zu weniger koordinierten Handlungsweisen gezwungen sind, sondern dass wir die Zeit nutzen, die Verträge gründlich auszuwerten und daraus notwendige Ziel und Zwischenziele ableiten.

Das neue Jahr bringt uns große Herausforderungen auf dem Feld der Sicherheitspolitik. Dabei steht die Umsetzung der neuen Afghanistanstrategie der USA und der NATO vor ihrer Bewährungsprobe, die Entwicklung des neuen strategische Konzept der NATO geht in ihre entscheidende Phase, wobei die weltweite Bedrohung durch den Terrorismus durch das gescheiterte Attentat von Detroit wieder stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt ist. Interessant wird sein, wie sich nach der Billigung des Vertrages von Lissabon die europäische Außen- und Sicherheitspolitik weiter entwickeln wird.

Aber auch innenpolitisch wird mit der Arbeit des Untersuchungsausschusses zu Afghanistan und mit den Untersuchungen zur Wehrstruktur die Sicherheits- und Verteidigungspolitik hohe Aufmerksamkeit erfahren.

Wir werden wie in der Vergangenheit unseren Beitrag zur Information über diese wichtigen Themen leisten.

Mit herzlichen Grüßen

Hans – Joachim Schaprian

Newsletter – Ausgabe 01 / 2010 (3. Jahrgang)

Freiheit und Sicherheit als Credo sozialdemokratischer Innenpolitik

Von Karsten Rudolph

So, wie die Aufgabe demokratischer Politik darin liegt, bindende Entscheidungen zu ermöglichen und gleichzeitig die individuellen Freiheitsrechte aller Beteiligten zu gewährleisten, liegt die Aufgabe sozialdemokratischer Politik für die Innere Sicherheit darin, bestmögliche Sicherheit für alle zu garantieren und die Ausübung individueller Freiheitsrechte für jedermann zu ermöglichen. Kurzum: Die meisten Bürger wünschen sich Freiheit und Sicherheit. Der demokratische Staat des Grundgesetzes bürgt für die Menschen- und Bürgerrechte und setzt sich für die Sicherheit seiner Bürger ein, damit diese Freiheit, Demokratie und Wohlstand genießen können – dies ist und bleibt die Richtschnur sozialdemokratischer Politik für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

Die von der SPD-Landtagsfraktion im letzten Jahr vorgelegte gesetzliche Novelle zum Polizei- und Verfassungsschutzgesetz folgt diesem Credo. Dort, wo den Sicherheitsbehörden neue oder erweiterte Befugnisse zur Bekämpfung des transnationalen Terrorismus oder anderer schwerster Verbrechen zugestanden werden, werden diese präzise beschrieben, durch die Urteile des Bundesverfassungsgerichts (etwa zum Kernbereich privater Lebensgestaltung eingehengt) und einer effektiveren richterlichen oder parlamentarischen Kontrolle unterworfen. Denn nur so können Freiheit und Sicherheit in einen neuen, zeitgemäßen Ausgleich gebracht werden. Es zählt zu den parteipolitisch am zähesten gepflegten Legenden, dass Sozialdemokraten mit der inneren Sicherheit keinen Staat machen könnten. Das Gegenteil ist richtig. Die gute Tradition sozialdemokratischer Innenpolitik reicht von Herbert Schnoor bis Fritz Behrens. Und sie wurde



von der schwarz-gelben Landesregierung alles andere als übertroffen. Deren Bilanz besteht in einem in Karlsruhe gescheiterten Gesetz, das dem Verfassungsschutz freie Hand bei der Online-Durchsuchung geben wollte, einem deutlichen Abbau von Stellen im Bereich der Polizei und in einem kompletten Versagen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Weder die Freiheitsrechte noch das Sicherheitsbedürfnis der Bürger sind in den letzten Jahren in guten Händen gewesen. Lautstarke Parolen gingen Hand in Hand mit konkreter Untätigkeit. Somit vernachlässigte Schwarz-gelb beides: Die Kontrolle staatlicher Macht, die die Einhaltung und Ausgestaltung der Freiheitsrechte erst garantiert und die aus unserer Verfassung abzuleitende Schutzpflicht des demokratischen Staates gegenüber hochwertigen Rechtsgütern.

Es ist an der Zeit, eine Renaissance sozialdemokratischer Innenpolitik einzuleiten. Die SPD kann ihre klug angelegte Politik der Inneren Sicherheit zu einem Gewinnerthema machen, wenn sie die Bürger für sie gewinnt, indem sie diese zum Gewinner einer Politik macht, die auf Freiheit und Sicherheit setzt. Schon Karl Popper hat in seinem Buch über „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ festgestellt: „Die Behauptung, dass, wer Sicherheit wünscht, die Freiheit aufgeben muss, ist eine der Hauptstützen der Revolte gegen die Freiheit geworden. Aber die Behauptung ist falsch.“

Offener Brief von Steinmeier und Gabriel an die Bundeswehrangehörigen in Afghanistan

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Frank-Walter Steinmeier** und der Vorsitzende des SPD-Parteivorstands **Sigmar Gabriel** haben sich in einem offenen Brief an die Bundeswehrangehörigen in Afghanistan gewandt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

An die Soldatinnen und Soldaten sowie die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr in Afghanistan:

Newsletter – Ausgabe 01 / 2010 (3. Jahrgang)

Liebe Soldatinnen und Soldaten, sehr geehrte Damen und Herren!

Heute vor acht Jahren, am 22. Dezember 2001, hat der Deutsche Bundestag erstmals den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan beschlossen - mit großer Mehrheit, über alle Parteigrenzen hinweg. Die völkerrechtliche Grundlage dafür sind die Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

Erst vor wenigen Tagen hat der Bundestag das ISAF-Mandat erneut verlängert, auch mit den Stimmen der SPD. Ziel des Einsatzes war und ist es, das von Bürgerkrieg und Talibanherrschaft zerstörte Land militärisch zu stabilisieren und Afghanistan wirtschaftlich und politisch wieder aufzubauen. Auch zu unserem eigenen Schutz haben wir uns an der internationalen Intervention gegen den islamistischen Terrorismus beteiligt. Wir wussten, dass dies keine einfache Aufgabe wird, und dass in Teilen des Landes bewaffnete Konflikte und bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen.

Sie, die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, leisten unter schwierigsten Bedingungen fernab der Heimat einen wichtigen, oft genug lebensgefährlichen Dienst. Dafür danken wir Ihnen! In diesen Dank schließen wir selbstverständlich auch alle zivilen Aufbauhelfer der unterschiedlichen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen mit ein. Wir werden vor allem diejenigen nicht vergessen, die ihr Leben in dem von uns mit beschlossenen Einsatz und im Rahmen ihrer Aufbauarbeit in Afghanistan verloren haben.

Über die weiteren Perspektiven für den Afghanistan-Einsatz wird seit Monaten in der deutschen Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der Bundeswehr, durchaus kontrovers diskutiert. Deshalb wenden wir uns mit diesem Schreiben direkt an Sie: die Soldatinnen und Soldaten sowie die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr.

Für uns steht fest, dass die Präsenz der

Bundeswehr in Afghanistan zeitlich begrenzt sein muss. Das haben Ihnen die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag auch stets versprochen. Deshalb haben wir Sozialdemokraten bereits im Sommer einen Plan entwickelt, der den schrittweisen Abzug der internationalen ISAF-Truppen zum Ziel hat. Dafür müssen allerdings zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Zum einen müssen die afghanischen Verantwortlichen in der Regierung ihre international gemachten Zusagen erfüllen. Zum anderen müssen wir gemeinsam mit unseren internationalen Partnern die Afghanen stärker dazu befähigen, ihre sicherheitspolitische Verantwortung künftig selber wahrzunehmen. Dazu gehört der Plan zum weiteren Aufbau der afghanischen Armee und der Polizeikräfte ebenso wie die Verbesserung von Ausbildungskapazitäten.

Wir Sozialdemokraten werden darauf drängen, dass die dafür notwendigen politischen Entscheidungen in Deutschland offen und transparent beraten werden, um sie in die Londoner Afghanistankonferenz Ende Januar 2010 einbringen zu können. Wir sind überzeugt davon, dass auch Sie, die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einen Anspruch auf eine klare und nachvollziehbare Entscheidungsgrundlage haben, um Ihren Auftrag zu erfüllen. Dazu gehört auch, dass Sie für Ihren Einsatz auch jederzeit den Rückhalt bei den Verantwortungsträgern der deutschen Politik und unserer Bevölkerung haben.

Wir wissen, dass Sie, die Soldatinnen und Soldaten, Ihren Dienst mit hohem Engagement und unter großen persönlichen Entbehrungen leisten. Sie alle genießen unseren Respekt und unsere Anerkennung für Ihren lebensbedrohlichen Einsatz. Deshalb werden wir unseren Beitrag dazu leisten, dass Sie Ihre verantwortungsvollen Aufgaben für die Sicherheit Deutschland auch künftig wahrnehmen können.

Newsletter – Ausgabe 01 / 2010 (3. Jahrgang)

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und für das Neue Jahr alles erdenklich Gute.

Berlin, 22. Dezember 2009

Sigmar Gabriel SPD-Parteivorsitzender
Frank-Walter Steinmeier Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

Ulrike Merten scheidet aus dem Bundestag aus - Generationswechsel bei unseren Sicherheitspolitikern

Das schwache Ergebnis der SPD in der letzten Bundestagswahl hat sich besonders stark bei den Verteidigungs- und Sicherheitspolitikern der SPD ausgewirkt.



Von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD Bundestagsfraktion gelang es nur Rainer Arnold und Dr. Bartelt erneut ein Bundestagsmandat zu erringen.

Auch Ulrike Merten ist als anerkannte und engagierte Verteidigungspolitikerin nach elfjähriger Tätigkeit aus dem Bundestag ausgeschieden. Durch ihre ausgleichende Art hat sie als erste Frau für viele Jahre sehr erfolgreich den Vorsitz im Bundestagsausschuss für Verteidigung geleitet und hat sich durch ihre sachliche und kompetente Arbeit parteiübergreifend große Anerkennung erworben. Besonders hervorzuheben waren ihre zahlreichen Truppenbesuche, allein 2009 mehr als 35, bei denen sie sich vor Ort ein Bild über Probleme der Dienststellen und der Soldaten und zivilen Mitarbeiter, aber auch der Mitarbeiter in der wehrtechnischen Wirtschaft verschaffte und ihr großes Engagement für die sozialen Belange der Bundeswehrangehörigen. Hiermit hat sie sich u.a. im besonderen Maße um die Menschen in der Bundeswehr verdient gemacht und sich große

Anerkennung der Soldaten und zivilen Mitarbeiter erworben.

Ulrike Merten hat als Vorstandsmitglied aktiv im Arbeitskreis Sicherheitspolitik und Bundeswehr der SPD in NRW mitgearbeitet und sich engagiert und ebenso umsichtig eingebracht.

Insbesondere mit dem von ihr eingerichteten Petersberger Gespräche zur Sicherheit, hat sie einen wichtigen Beitrag zu sicherheitspolitischen Diskussion in unserem Lande geleistet.

Wir bedauern außerordentlich, dass sie den Bundestag nicht mehr angehört, sind aber sicher, dass sie an anderer Stelle weiter erfolgreich für die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik wirken wird.

Unser Mann in Berlin

Michael Groschek seit Oktober 2009 MdB und der neue NRW Vertreter im Verteidigungsausschuss stellt sich vor:



- Geb. 9.12.1956 in Oberhausen
- Dort aufgewachsen und Abitur gemacht
- 1977 – 1979 Zeitsoldat bei der Marine; Radarmaat an Bord eines Zerstörers
- 1980 – 1984 Studium der Wirtschafts- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Essen
- Tätigkeit als Kaufmann in der Immobilienwirtschaft
- 1974 Eintritt in die SPD
- Juso-Vorsitzender von Oberhausen
- 1984 – 2001 Stadtverordneter und 1988 – 2001 Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt

Newsletter – Ausgabe 01 / 2010 (3. Jahrgang)

- 2000 bis 2009 MdL
- Seit 12/2001 Generalsekretär der NRWSPD
- Seit 27.09.2009 MdB
- Mitglied im Verteidigungsausschuss; Schwerpunkt: Europäische Sicherheitspolitik

Fragen, die mich besonders bewegen:

- Wie sehen die nächsten Schritte auf dem Weg zur integrierten europäischen Armee aus? Welchen spezifischen Beitrag leisten EU und NATO zur Europäischen Sicherheitsstruktur?
- Wie entwickelt sich unser Verhältnis zu Russland? National und europäisch parallel?
- Wie sieht die NATO im Jahr 2020 aus? Zielsetzung, Fähigkeiten, Mitgliederstruktur?

Neben diesen Fragen werde ich mich im besonderen Maße der Sorgen der vielen in NRW lebenden Soldaten und zivilen Mitarbeiter, der Reservisten der Bundeswehr aber auch der Mitarbeiter wehrtechnischen Wirtschaft annehmen. Dazu habe ich bereits erste Besuche bei Dienststellen und Organisationen der Bundeswehr geplant. Des Weiteren werde ich die von der neuen Bundesregierung geplante neue Wehrstruktur kritisch begleiten.

Von großer Bedeutung ist für mich die Fortführung der von Ulrike Merten eingerichteten Petersberger Gespräche zur Sicherheit, zu der ich zum 6. März 2010 einladen werde.

Ich freue mich auf diese Herausforderung. Michael Groschek unterstützte in seiner Funktion als Generalsekretär der SPD in NRW schon seit Jahren die Arbeit des Arbeitskreises Sicherheitspolitik und Bundeswehr nachhaltig.

Sicherheitspolitik nach Lissabon

Dr. Dietrich Genschel und Klaus Schneemann

Veränderungen gibt es im Wesentlichen für fünf Bereiche:

Die Stärkung des Amtes des Hohen Vertreters (HV) der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Der HV koordiniert die außenpolitischen Aspekte der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einschließlich der entwicklungspolitischen Komponenten; dies ist ein – längst überfälliger - Schritt in die richtige Richtung.

Es fehlt eine Kompetenz für die innenpolitischen Aspekte der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Dem sicherheitspolitischen Ziel der SPD, angesichts der globalen Änderungen eine europäische Sicherheitsunion anzustreben, kommen wir damit nur einen kleinen Schritt näher.

Die SPD strebt an, diesen Schritt entschlossen zu gehen und die neuen Möglichkeiten des HV mit Zähigkeit und Beharrlichkeit ausloten, unterstützen und verstärken.

Die Einrichtung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD)

Im Stabe des HV dürfen nicht nur Teilbereiche vertreten sein, sondern es müssen alle Bereiche vertreten sein, die für die Sicherheit Europas arbeiten.

Die SPD strebt an, in dieser Entwicklungsphase (Aufbauphase) eines EAD mit qualifizierten Vertretern deutsche Interessen konstruktiv in eine europäische Sicherheitsunion einzubringen.

Das Einfügen eines Artikels über gegenseitigen Beistand im Falle eines bewaffneten Konfliktes

Dieser Artikel ist inhaltlich identisch mit bestehenden Regelungen des NATO- und des WEU Vertrages, seine Bedeutung liegt darin, dass die Beistandsklausel nun für eine größere Zahl von Staaten gilt.

Newsletter – Ausgabe 01 / 2010 (3. Jahrgang)

Die SPD strebt an, diese neue Bedeutung zu verstärken und auszubauen.

Das Einfügen einer Solidaritätsklausel (bei asymmetrischen Bedrohungen und Katastrophen)

Die hier zugesagte Unterstützung richtet sich hauptsächlich auf Maßnahmen in Not- und Katastrophenfällen; diese Unterstützungsklausel – wie auch die vorangehende Beistandsklausel – haben eher politische als praktische Bedeutung.

Die SPD strebt an, Beistands- und Solidaritätsklausel mit Leben zu füllen und hier zunächst praktische Aufgaben zur Zusammenarbeit zu lösen.

Das Einführen einer Möglichkeit zur Verstärkten (Strukturierten) Zusammenarbeit (VZ) für Aufgaben, die von mindestens 9 Mitgliedsstaaten als notwendig angesehen wird.

Diese Regelung erlaubt es unter anderem konzeptionelle Vorarbeiten für eine europäische Sicherheitsunion längerfristig anzugehen.

Die SPD strebt an, die Möglichkeiten dieser Regelung für Europa mitzugestalten (siehe Anlage).

Insgesamt sieht die SPD in den sicherheitspolitischen Aspekten der Lissabonner Verträge Möglichkeiten, die es auszugestalten und auszubauen gilt.

Anlage:

Mögliche Bereiche zu Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit:

- die Formulierung von allgemeinen europäischen Sicherheitsinteressen (generell, nicht nur im konkreten Einzelfall);
- die Entwicklung von Einsatzgrundsätzen und Einsatzverfahren; dabei auch die Straffung der Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse auf der Grundlage der bei Krisen- und Hilfeinsätzen gemachten Erfahrungen;

- der Verbesserung der verschiedenen Ebenen der Zusammenarbeit;
- ein sicherheitspolitisches „Cost-Sharing“;
- die Verfolgung eines integrierten, zivil-militärischen Ansatzes;
- eine gemeinsame Nutzung von Technologie, insbesondere in der Kommunikation;
- einer europaweit aufgeteilten Materialentwicklung (wobei hier die weitgehende Nutzung zivil verfügbarer Technologie aus Kostengründen den Vorrang hat);
- eine wachsende europaweite Ausbildung
 - in konzeptionellen Fragen („Harmonisierung europäischen Sicherheitsdenkens“ in einem „European Think Tank“);
 - in praktischer Führungsarbeit von (zivilem und militärischem) Führungspersonal (Stichwort „Bilden einer europäischen Sicherheitsakademie“); hierbei ist auch Medienarbeit zur Begleitung von Prozessen einzuschließen;
 - in praktischer Durchführungsarbeit z.B. mit einem europäischen Zentrum für Hubschrauberausbildung.

Die Verstärkte Zusammenarbeit kann damit zu einem Element einer sicherheitspolitisch stärker integrierten Kern-Union werden, an die sich nach und nach andere Mitgliedsstaaten anschließen können. (Sicherheitsunion, Europäische Streitkräfte).

Kunduz, ein Kommentar

Dr. Dietrich Genschel,
Generalmajor a.D.

Nun ist es endlich zu einer breiten, öffentlichen Diskussion über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan gekommen. Drei-



Newsletter – Ausgabe 01 / 2010 (3. Jahrgang)

fache Auslöser waren

1. der Entschluss eines Truppenführers der NATO Truppe ISAF in deutscher Uniform zwei von Taliban gekaperte Tanklastwagen durch Einsatz von Luftunterstützung zu zerstören, wobei Taliban und auch Zivilisten zu Tode kamen, sowie
2. der Prozess, in dem militärische Führung der politischen Führung Informationen über dieses Ereignis übermittelt haben oder nicht und
3. die Entlassung der beiden Top – Kenner des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte, Staatssekretär Wichert und General Schneiderhan.

Der Verteidigungsausschuss hat sich zum Untersuchungsausschuss erklärt, um diesen Sachverhalt aufzuklären

Dazu einige Anmerkungen.

Zum Entschluss des Truppenführers

Der Entschluss des Kommandeurs des PRT Kunduz, die festgefahrenen Tanklastwagen und umherstehende Taliban zu treffen, hat nun endlich den Kriegscharakter des Konflikts auch im Norden Afghanistans auch für die Menschen zu Hause deutlich gemacht

Seit Monaten hat die Gefechtsstätigkeit insbesondere im Raum Kunduz erheblich zugenommen. In einem Verdrängungseffekt verlagern die Taliban zunehmend ihr Aktivitäten in den Raum Kunduz mit seinen 7 Distrikten, mit mehrheitlich paschtunischen Enklaven. Täglich werden Patrouillen in Gefechte verwickelt, das Lager Kunduz wird immer häufiger mit Raketen beschossen. Das deutsche Kontingent ist zu schwach an Kampftruppen, um die bekannten Talibanansammlungen in den umliegenden Distrikten zu beseitigen und damit die Sicherheitslage deutlich zu verbessern. Z.T. mussten amerikanische Kräfte herangeführt werden, die Teile des Bereichs von Taliban säuberten, aber dann wieder abzogen, so dass die Taliban zurückkehren konnten. Der Kommandeur der

RC Nord hat z.T. auch öffentlich den Mangel an Kampftruppen und schwerer Bewaffnung nachdrücklich offengelegt.

Dem militärische Kommandeur des PRT Kunduz, Oberst Klein, der einen Monat vor dem Ende seiner Einsatzzeit stand, sind nach eigenen Bekundungen in den mehr als 5 Monaten seines Kommandos mehrfach schwierige Entscheidungen abgefordert worden, die er sich niemals leicht gemacht habe. „Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, dass er nach Monaten in seinem Kommando, ein erfahrener PRT Kommandeur war, den die Begrenztheit seiner Möglichkeiten wohl umgetrieben hat, ja haben muss. Und da ergibt sich nun, am Kunduzfluss, für ihn eine Chance die Bedrohung durch die beiden Tanklaster zu beseitigen, sowie den Taliban die Nutzung des Inhalts der gekaperten Tanker zu verweigern und gleichzeitig führende Talibankämpfer zu treffen („vernichten“), wie er in aller Deutlichkeit meldet. Jeder Führer muss sich stets bewusst sein, dass Unterlassen und Versäumnis ihn schwerer belasten können als ein Fehler im Handeln. Dass er damit bei enger innenpolitisch geprägter Auslegung gegen das Bundestagsmandat verstoßen haben könnte, scheint ihm wohl bewusst zu sein, denn er hält die Untersuchung für notwendig und richtig, besonders da Menschen ums Leben gekommen sind.

Oberst Klein war sich bewusst, dass Krieg herrscht in Afghanistan zwischen der Regierung und den diese unterstützenden NATO Kräften einerseits und den aufständischen Taliban und anderen aufständischen Gruppierungen andererseits.

Zum Informationsprozess

Der Streit um die Kommunikation von Berichten und das „Wer machte Was“, wann und wie zwischen PRT, Regionalkommando, nationalen Einsatzstäben, ISAF Hauptquartier, nationalen Ministerbüros, Parlamentsorganen und Kanzleramt hat sich zu einem weitgehend innenpolitischen Schlagabtausch entwickelt. Wenn um einen Vorfall, wie dem in Kunduz so eng national innenpolitisch debattiert wird, mag

Newsletter – Ausgabe 01 / 2010 (3. Jahrgang)

mancher Bündnisgenosse sich bestätigt fühlen, dass man mit den Deutschen eben nicht rechnen kann, wenn es mal schwierig wird.

Und schwierig wird es werden, wenn auf der Afghanistan Konferenz Ende des Monats auch Deutschland aufgefordert werden wird, seine Truppen in Afghanistan zu verstärken, wie von Anfang an nicht als Selbstzweck, sondern als eine Voraussetzung für wirksame nicht-militärische Unterstützung. Die Vorfestlegungen der Parteien zur Frage der Verstärkung des deutschen Kontingents mit Kampftruppen sind unüberlegt, ganz zu schweigen von der Einlassung des neuen Außenministers, der meint eine internationale Konferenz, die von der Kanzlerin angeregt wurde „boycottieren“ zu können, , wenn dort die Gestellung von Truppen eine wesentliche Rolle spielen wird.

Zu den Entlassungen

Verteidigungsminister zu Gutenberg bewertet den Angriff auf die zwei von den Taliban gekaperten Tanker am 6.November zunächst als „militärisch angemessen“. Nach einem Bericht der Bildzeitung zwingt zu Gutenberg am 25.November den Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhan und Staatssekretär Dr. Wichert zum Rücktritt und begründet dieses in der Öffentlichkeit damit, dass beide Herren ihm Berichte über den Bombenabwurf vorenthalten haben. Seine Bewertung des Angriffs auf die zwei Tanklaster „als militärisch angemessen“ nimmt zu Gutenberg am 3. Dezember ohne Begründung zurück.

Die Entlassung eines Staatssekretärs sowie des Generalinspektors (auf erzwungenen eigenen Wunsch) ist beamtenrechtlich sicher nicht zu beanstanden. Sich der beiden besten Kenner von Ministerium und Streitkräften zu begeben, ist aber angesichts der gezeigten Unsicherheit im Umgang speziell mit diesem Apparat vielleicht etwas voreilig. Den General mit unqualifizierten Vorwürfen zu belegen, musste dessen, für einen Offizier (noch) im Dienst ungewöhnlichen Schritt der öffentlichen

Rechtfertigung auslösen. Die wenigen Wochen bis zu seinem vorgesehenen Ausscheiden aus dem aktiven Dienst hätte der neue Amtsinhaber getrost zu seinem eigenen Nutzen ertragen können.

Zusammenfassung:

Bundesverteidigungsminister zu Gutenberg spricht von „kriegsähnlichen Zuständen“, unter denen die Bundeswehr in Afghanistan operiert.

Nach der Beurteilung von Rechtsexperten steht die Bundeswehr am Hindukusch in einem „nicht internationalen bewaffneten Konflikt“, also im inneren Krieg Afghanistans an der Seite der anerkannten Regierung. Damit gilt das Völkerstrafgesetz, das zivile Todesopfer nicht prinzipiell verbietet. Aber es lädt Befehlshabern schwere Verantwortung auf. Die Bundesanwaltschaft prüft zurzeit den Sachverhalt.

Wichtig ist, dass die politische Auseinandersetzung im Rahmen des Untersuchungsausschusses nicht auf den Rücken der in Afghanistan eingesetzten Soldaten ausgetragen wird und zu einer weiteren Verunsicherung unserer Soldaten führt. Für sie ist die Rechtssicherheit für ihr Handeln von zentraler Bedeutung.

Sie leisten dort unter kriegsähnlichen Bedingungen einen fordernden und lebensgefährlichen Dienst auf der Basis eines mit großer Mehrheit parteiübergreifend beschlossenen Mandats des Bundestages. Dafür gebührt ihnen der Dank und die Anerkennung der ganzen Gesellschaft. Dieses gilt selbstverständlich auch für die dort tätigen Polizisten und die zivilen Wiederaufbauhelfern.

Die durch diese „Affäre“ ausgelöste öffentliche Diskussion des Falles kann positive Wirkung haben, wenn damit endlich die Komplexität und die gefährlichen Herausforderungen des gesamten Afghanistan Einsatzes Gegenstand einer gründlicheren öffentlichen Debatte wird.

Newsletter – Ausgabe 01 / 2010 (3. Jahrgang)

Unserem internationalen Ansehen wird es nützen, unsere Öffentlichkeit wird es „aufklären“, unsere Soldaten werden es begrüßen, wenn es nicht wieder versandet.

Veranstaltungen

- **Sicherheitspolitische Tagesveranstaltung vom 21.11.2009**
Tagung im Kölner Wischnewski-Haus:
Aktuell wurden sicherheitspolitische Aussagen des Koalitionsvertrages durch Vertreter des Bundeswehrverbandes (Rudolf Schmelzer) und des Arbeitskreises (Klaus Schneemann) ausgewertet und ausgiebig diskutiert.
Der Vortrag des MdB Dr. Mützenich befasste sich mit den außen- und europapolitischen Aspekten des Koalitionsvertrages und regte eine lebhaft Diskussionsbeiträge und Fragen zu diesem Themenkomplex illustrierten anschaulich die große Aktualität dieser Themen.
Abgerundet wurde die Veranstaltung durch einen Vortrag von Generaloberstabsarzt außer Diensten Dr. Karl Demmer, der in bewährter Weise mit großer Sachkenntnis den Bereich der aktuellen Pandemievorsorge beschrieb.

- **MdB Michael Groschek, Mitglied des Verteidigungsausschusses zu Gast beim Bundeswehrverband**

Am 5.1.2010 besuchte MdB Michael Groschek in Begleitung des



(v.l.: Kirsch, Groschek, Schaprian, Michels)

Landesvorsitzenden des Arbeitskreises Sicherheit und Bundeswehr NRW Joachim Schaprian den Deutschen Bundeswehrverband in Bonn. Im Mittelpunkt der Gespräche mit dem Bundesvorsitzenden Oberst Ulrich Kirsch und dem Schatzmeister des Verbandes Martin Michels stand der Afghanistan -Einsatz der Bundeswehr, die Wehrstruktur der Bundeswehr sowie die Umsetzung der Absicht der Bundesregierung die Wehrpflicht auf 6 Monate zu reduzieren. Die Gespräche fanden in einer sehr harmonischen Atmosphäre statt und zeigten in grundsätzlichen Fragen eine breite Übereinstimmung. Oberst Kirsch und MdB Groschek betonten die zentrale Bedeutung der Rechtssicherheit für das Handeln unserer Soldaten. MdB Groschek würdigte den Einsatz der Soldaten in Afghanistan und sprach Dank und Anerkennung für ihren lebensgefährlichen Dienst unter kriegsähnlichen Bedingungen aus.

- **19.01.2010** Veranstaltung in der FES (Friedrich Ebert Stiftung) zum Thema **Das neue strategische Konzept der**

Newsletter – Ausgabe 01 / 2010 (3. Jahrgang)

NATO

mit Botschafter a.D. von Ploetz, MdB Groschek, Generalleutnant a.D. Dr. Olshausen und Dr. Dembinski.

Anmeldungen bitte an Anke Jörgensen, FES Godesberger Allee 149 53175 Bad Godesberg, Tel.: 0228 883-7207,

E-Mail: anke.joergensen@fes.de

- **06.03.2010 Petersberger Sicherheitsgespräche** mit dem Thema **Konzept der vernetzten Sicherheit und Wehrstruktur auf dem Prüfstand** mit MdB Groschek, BM a.D. Struck, Oberst Kirsch, Sts Schmidt (angefragt), Vorsitzender HPR Daum, MdB

Mützenich, General Ramms, Botschafter Mützelburg (angefragt)

(Einladung folgt)

Zum Schluss aber nicht zuletzt ein Hinweis: Informationen zum Arbeitskreis könnt Ihr auch unter

www.nrwspd.de/partei/foren_und_arbeitskreise.asp

abgreifen.

Mit herzlichen Grüßen

Hans-Joachim Schaprian

Impressum:

Hans-Joachim Schaprian (Vorsitzender des Arbeitskreises) E-Mail: info@nrwspd.de
